

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

15. Mai 2017

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Säuberungsaktionen und Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in der vergangenen Woche folgende Provinzen betroffen: Kandahar, Helmand, Zabul (Süden), Farah, Herat (Westen), Samangan (Norden, hier versuchten die Taliban die Kontrolle über Kohleminen im Distrikt Dara-i-Suf Bala zu erlangen), Faryab (Norden), Nangarhar (Osten), Kunduz (Nordosten) und Badakhshan (Nordosten, nach Regierungsangaben wurde der Distrikt Zebak von den Taliban zurückerobert). Im Distrikt Barmal der Provinz Paktika (Südosten) kam es erneut zu Feuergefechten zwischen afghanischen und pakistanischen Sicherheitskräften (vgl. BN v. 08.05.17).

Anschläge und Übergriffe

Am 07. und 08.05.17 wurden in der Stadt Kandahar (Süden) vier Menschen innerhalb von zwei Tagen gezielt getötet. Bei den Opfern handelte es sich um einen Mitarbeiter des Polizeihauptquartiers, einen Polizisten, einen Soldaten und einen Medienberater der Provinzregierung.

Am 09.05.17 starb der Vorsitzende des Ulema Council (Rat der höchsten Religionsgelehrten) der Provinz Parwan (Zentrum) zusammen mit mindestens sieben seiner Studenten durch einen Bombenanschlag. In der Provinz Farah (Westen) wurde ein Polizeioffizier erschossen. In Kunar (Osten) konnte der Leiter der Rekrutierungskampagne des IS verhaftet werden. In Nangarhar (Osten) wurden drei Zivilisten bei einer Bombenexplosion verletzt.

Am 10.05.17 starb in der Provinz Helmand (Süden) ein Zivilist bei der Explosion einer Straßenmine, vier wurden verletzt. Bei einem ähnlichen Vorfall in der Provinz Herat (Westen) kamen sieben Zivilisten um, darunter Frauen und Kinder.

Am 11.05.17 wurde in Faryab (Norden) ein hoher Mitarbeiter der rohölverarbeitenden Industrie ermordet. Im Distrikt Adraskan der Provinz Herat (Westen) kam es zu Kämpfen zwischen rivalisierenden Talibangruppen, bei denen mindestens 20 Kämpfer getötet wurden.

Am 14.05.17 starben nach Angaben eines Sprechers des Gouverneurs bei einem Angriff mit Mörsergranaten in der Provinz Laghman auf einem Spielplatz fünf Kinder; zwei wurden verletzt. Für den Angriff werden die Taliban verantwortlich gemacht.

Albanien

Großdemonstration gegen Regierung

Zehntausende Anhänger der oppositionellen Demokraten (PD) demonstrierten am 13.05.17 in Tirana gegen die Regierung der Sozialisten (PS) unter Ministerpräsident Edi Rama. Die Opposition unterstellt der Regierung, mit der Organisierten Kriminalität im Land verquickt zu sein und fordert den Rücktritt Ramas, die Einsetzung einer Übergangsregierung und eine Verschiebung der für den 18.06.17 angesetzten Parlamentswahlen. Seit Monaten boykottiert die größte Oppositionspartei das Parlament und will auch die Wahlen boykottieren (vgl. BN v. 08.05.17).

Laut Ministerpräsident Rama wolle die Opposition eine Staatskrise hervorrufen, um eine tiefgreifende Justizreform zu verhindern. Viele Richter und Staatsanwälte seien immer noch eng mit den Demokraten verbunden, die von 2005 bis 2013 die Regierung stellten.

International steigt die Sorge, dass es zu einer weiteren Zuspitzung der Lage kommen könnte.

China

Prozess gegen Menschenrechtsanwalt

Vor einem Gericht in Changsha (Provinz Hunan) bekannte sich der Menschenrechtsanwalt Xie Yang am 08.05.17 schuldig, zur Untergrabung der Staatsmacht angestachelt zu haben. Er wurde zwar offiziell gegen Kautionsfreilassung, befindet sich aber vermutlich unter Hausarrest. Ein Urteil wurde bislang nicht verkündet. Xie war im Zuge eines landesweiten Vorgehens gegen Menschenrechtsanwälte ab Juli 2015 (vgl. BN v. 10.08.15) festgenommen worden. Im Januar 2017 hatte der Anwalt Chen Jianguang von Folter an Xie in der Haft gesprochen.

Côte d'Ivoire

Toter und Verletzte bei Soldatenmeuterei

Nach ivoirischen Medienberichten sollen bei Übergriffen meuternder Soldaten auf Zivilisten mindestens eine Person getötet und 16 verletzt worden sein. Der Vorfall ereignete sich am 12.05.17 in Bouaké, der zweitgrößten Stadt des Landes, als Einwohner die wegen ihrer Bezahlung meuternden Militärs aufforderten, sich in ihre Kasernen zurückzuziehen. Auch aus anderen Landesteilen wurde von Zusammenstößen und Verletzten berichtet.

Bereits im Januar war es zu einer landesweiten Meuterei (vgl. BN v. 09./23.01.17) gekommen, als Soldaten eine bessere Bezahlung forderten. Die Regierung zahlte bisher nur einen Teil des zugesagten Geldes und verwies auf Engpässe nach dem Einbruch der Preise für Kakao – dem Hauptexportgut des Landes. Viele Zivilisten haben kein Verständnis für die Forderungen der Soldaten und halten sie für überzogen.

DR Kongo

Neue Regierung der Nationalen Einheit

Am 09.05.17 ernannte Staatspräsident Kabila eine 60-köpfige Übergangsregierung unter dem bereits am 07.04.17 zum Ministerpräsidenten ernannten Bruno Tshibala. Die meisten bisherigen Minister, die dem Lager des Staatspräsidenten angehören, behielten ihre Posten. Vier Ministerämter wurden an die Opposition vergeben. Von Kongos Hauptoppositionsbündnis wurde die neue Regierung abgelehnt und Kabila aufgefordert, eine Regierung zu bilden, die das Abkommen vom 31.12.16 (vgl. BN v. 09.01.17) respektiert.

Ebola-Ausbruch

Im Gesundheitsbezirk Bezirk Likati der nordöstlichen Provinz Bas-Uélé ist das Ebolafieber ausgebrochen. Seit dem 22.04.17 sind neun Verdachtsfälle aufgetreten. Von diesen sind drei Personen gestorben.

Eritrea/Vereinigte Arabische Emirate

Luftangriff der VAE auf eritreische Fischer?

Nach Berichten der eritreischen Oppositionsgruppe Red Sea Afar Democratic Organization (RSADO) sollen bei einem Angriff der Luftwaffe der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) auf eritreische Fischer am 11.05.17 eine Person getötet und mehrere verletzt worden sein. Der Vorfall habe sich in eritreischen Hoheitsgewässern in der Danakil-Region ereignet. RSADO übergab der Sudan Tribune eine Liste der Namen der Opfer, bei denen es sich um Angehörige der Ethnie der Afar aus der Ortschaft Edd (Nus-Zoba Central Southern Red Sea) handeln soll.

Wie die RSADO weiter berichtet, kommt es immer wieder zu Luftangriffen auf Zivilisten. Hintergrund sollen Hilfslieferungen der Afar an jemenitische Huthi-Milizen sein, gegen die u.a. auch die VAE in einer Allianz mit Saudi Arabien gezielt vorgeht.

Indien

Rund 1.000 Einwohner Kaschmirs nach pakistanischem Beschuss evakuiert

Nach anhaltenden Schusswechseln an der Grenze zu Pakistan mit mindestens zwei toten Zivilisten haben die indischen Behörden am 14.05.17 rund 1.000 Einwohner im Bundesstaat Jammu und Kaschmir evakuiert. Indische Medien berichteten, die pakistanische Armee habe über die Grenze hinweg indische Stellungen und Dörfer im Distrikt Rajouri beschossen. Beobachter befürchten, der neue Zwischenfall könnte die Spannungen zwischen Indien und Pakistan um Kaschmir weiter erhöhen.

Irak

Bei einem Fluchtversuch am 11.05.17 haben 40 Familien aus West-Mossul den Tigris in die befreiten Regionen zu überqueren versucht. Scharfschützen des IS nahmen sie anscheinend unter Feuer, laut Meldungen sollen bisher 64 Leichen, darunter die vieler Kinder, an den Ufern des Tigris angeschwemmt worden sein. Am 14.05.17 sollen 16 flüchtende Frauen erschossen worden sein.

In einem Flüchtlingscamp südlich von Mossul haben Unbekannte eine IS-Flagge gehisst. Die Nachricht verbreitet erhebliche Unsicherheit, da nun davon ausgegangen wird, dass Sympathisanten oder Kämpfer des IS in das Lager eingesickert sind. Aus Mossul flohen seit Beginn der Offensive etwa 403.000 Personen.

Nach Aussagen des Gouverneurs von Kirkuk hat seine Provinz inzwischen eine halbe Million Vertriebene aufgenommen. Berichten zufolge nahmen kurdische Sicherheitskräfte in Kirkuk sunnitischen Turkmenen ihre Papiere ab und verwiesen sie der Provinz.

In der Region Abu Ghreib nahe Bagdad sind rund 200 Familien wieder in ihre Häuser zurückgekehrt. Seit 2014 war hier die Kampfmittelräumung damit beschäftigt, Minen des IS zu entschärfen. Auch in der Ninawa-Ebene beginnen Wiederaufbauarbeiten, namentlich in den (Klein)städten Karamles, Bartella und Qarakosch.

Das Irakische Migrationsministerium verkündete, dass rund 40.000 Familien in die Anbar-Provinz, rund 11.000 nach Salah ad-Din und rund 5000 nach Diyala zurückgekehrt sind. Ob die schwierige Lage in den Flüchtlingslagern die Rückkehrbereitschaft erhöht hat, ist unklar.

Jemen

UN: Viele Cholera-Tote

Im Jemen sind nach UN-Angaben vom 11.05.17 innerhalb von zwei Wochen 51 Menschen an Cholera gestorben und mehr als 2.700 Krankheitsfälle sind festgestellt worden. In der Hauptstadt Sanaa seien zehn Therapie-Zentren eröffnet worden. Die Epidemie war mangels sauberen Trinkwassers im Oktober 2016 ausgebrochen. Rund 7,6 Millionen der etwa 27 Mio. Einwohner sind laut UN von Cholera bedroht.

Kosovo

Misstrauensvotum erfolgreich

Am 10.05.17 ist die Regierung von Ministerpräsident Isa Mustafa (LDK) an einem Misstrauensvotum gescheitert. Damit wird es gut ein Jahr vor dem regulären Ende der Regierungszeit Neuwahlen am 11.06.17 geben. Die Regierungskoalition aus Präsident Thaci's Demokratischer Partei (PDK) und der Demokratischen Liga (LDK) von Premier Mustafa wurde abgelöst, weil außer den drei Oppositionsparteien (AAK, NISMA; Vetvendosje) auch Abgeordnete des PDK-Lagers der Regierung ihr Misstrauen aussprachen.

Vorangegangen war eine monatelange Regierungskrise, die geprägt war vom Streit der beiden größten Koalitionspartner. Die Koalition fand im Parlament keine Mehrheit, um zentrale Vorhaben wie die Grenzziehung zum Nachbarland Montenegro, die staatsrechtliche Organisation der serbischen Minderheit oder die Einführung einer Armee durchzusetzen. Das Grenzabkommen mit Montenegro stellt die wichtigste verbliebene Voraussetzung für die Visaliberalisierung seitens der EU dar. Die Opposition hatte im Vorjahr monatelang die Parlamentsarbeit mit Tränengasattacken boykottiert.

Es ist bereits die dritte Regierung in Folge, die vor dem regulären Ende der Amtszeit zerbricht. Die Koalition war von Beginn an fragil, weil sie nur in Ermangelung von Alternativen im Dezember 2014 zustande gekommen war. Die Polarisierung zwischen den Parteien dürfte auch nach den Wahlen anhalten.

Bundeswehreinsatz reduziert

Am 10.05.17 beschloss das Bundeskabinett zwar die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr, jedoch wurde die Obergrenze für die deutsche Beteiligung von bisher 1.350 Soldaten auf 800 Soldaten reduziert. Als Begründung wurde die stabile Sicherheitslage genannt. Es gebe auch keine Erkenntnisse, die auf eine kurzfristige Verschärfung der Lage und eine erhöhte Bedrohung hindeuteten.

Libyen

Die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes, Fatou Bensouda, verkündete am 09.05.17 öffentlich, dass eine offizielle Untersuchung über die Behandlung von Flüchtlingen in Libyen eröffnet und Beweismaterial gesammelt wird. Ziel ist eine Anklage der wesentlichen Akteure. In Libyen werden derzeit ca. 20.000 Flüchtlinge aus der Subsahara de facto als Sklaven gehalten.

In Benghazi kam es zu starken Kämpfen zwischen der Libyen National Armee (LNA) und den Ansar Asch-Scharia, die Teile Benghazis halten. Dabei sind bis Mitte der Woche mindestens zwei Dutzend LNA-Mitglieder getötet worden. Über die Verluste der Ansar asch-Scharia und zivile Opfer liegen noch keine Informationen vor. Am 14.05.17 flog die LNA mehrere Luftangriffe. Weite Teile der Stadt sind abgesperrt, der Verkehr steht weitgehend still.

In Tripolis gab es umfangreiche Feuergefechte in der Innenstadt; die rivalisierenden Milizen Ghazewy-Brigade und Nauwasi-Brigade kämpften um Einfluss und Territorium. Die Entführung eines hochrangigen Beamten des Finanzdepartments der Universität führte zur Einstellung sämtlicher Lehrveranstaltungen. Mitglieder der Universitätsverwaltung waren in den letzten Monaten wiederholt Ziel von Entführungen.

Nachdem es bereits letzte Woche ein Treffen zwischen Khalifa Haftar und Ferraz as-Serraj von der Libyschen Übergangsregierung in Abu Dhabi gegeben hatte, ist ein weiteres Gespräch in Kairo angesetzt. In eine mögliche Verständigung zwischen Haftar und seiner LNA sowie der Übergangsregierung werden erhebliche Hoffnungen für eine Stabilisierung weiter Teile Libyens gesetzt.

Nigeria

Boko Haram: Selbstmordanschlag in Maiduguri

Am 14.05.17 gegen 01:30 Uhr gelangten laut Polizeiangaben drei männliche Selbstmordattentäter auf das Gelände der Universität von Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno). Als sie vom Wachpersonal entdeckt wurden, zündeten sie ihre Sprengstoffgürtel. Außer den Attentätern wurde bei dem Anschlag ein Wachmann getötet; ein Soldat erlitt Verletzungen.

Pakistan

Anschläge in Balochistan

Bei einem Bombenanschlag auf den stellvertretenden Vorsitzenden des Senats, Abdul Ghafoor Haidary, töteten Unbekannte am 12.05.17 mindestens 25 Menschen und verletzten wenigstens 42, darunter Haidary. Der Anschlag ereignete sich in Mastung/Balochistan.

In Gawadar/Balochistan wurden am 13.05.17 auf einer Baustelle für ein von China finanziertes Hafenprojekt mindestens neun Arbeiter ermordet. Zum Anschlag bekannte sich bisher niemand. Der Verdacht richtet sich gegen nationalistische Rebellen, die eine chinesische Präsenz ablehnen.

Palästinensische Autonomiegebiet/Gaza

Al-Fatah siegt bei Kommunalwahl im Westjordanland

Die Zentrale Wahlkommission veröffentlichte am 14.05.17 vorläufige Ergebnisse der Kommunalwahlen im Westjordanland. Danach war die Fatah des Präsidenten Mahmoud Abbas fast in allen Städten erfolgreich. Dies galt auch für Hamas-Hochburgen wie Hebron. Die Wahlbeteiligung betrug 53 % – wie bei den Wahlen 2012. Das Ergebnis war erwartet worden, weil die rivalisierende, radikal-islamistische im Gazastreifen regierende Hamas die Wahlen boykottiert hatte. Hintergrund dieses Boykotts ist der langjährige innerpalästinensische Parteienstreit.

Somalia

Anschläge

Al-Shabaab-Kämpfer töteten am 08.05.17 nahe der Ortschaft Shalanbod (Region Lower Shabelle) mindestens drei Soldaten der somalischen Armee mit einer Sprengfalle (Somalia National Army – SNA).

Durch eine Autobombe der al-Shabaab kamen am 08.05.17 vor dem Einwanderungsministerium in Mogadischu mindestens acht Personen um, darunter ein Generalmajor der SNA. Ziel des Anschlags waren Angehörige der Sicherheitskräfte. Am 09.05.17 beschoss al-Shabaab eine AMISOM-Basis in der Gegend von Arbacow nahe Mogadischu mit Mörsern. Am 10.05.17 wurde im Stadtteil Waberi von Mogadischu ein Clanältester erschossen.

Kampfhandlungen

Am 09.05.17 nahm al-Shabaab die Ortschaft Goof Gaduud (Region Bay) ein. Dabei töteten die Extremisten mindestens 17 Soldaten. Die Kontrolle über den Ort wechselte 2016 mehrfach. Am 11.05.17 stießen al-Shabaab-Kämpfer mit äthiopischen Truppen in der Region Hiraan zusammen. Es kam zu mehreren Hinterhalten entlang der Straße nach Beledweyn nahe den Ortschaften Garasyani und Halgan.

SNA-Soldaten geköpft

Al-Shabaab-Angehörige köpften nahe der Ortschaft Mahady (Region Middle Shabelle) am 06.05.17 zwei gefangene Soldaten der SNA.

Warnung vor Abzug von AMISOM

Am 09.05.17 warnte Kenias Präsident Uhuru Kenyatta vor einem vorzeitigen Abzug der AMISOM-Truppen aus Somalia. AMISOM müsse zuerst al-Shabaab unter Kontrolle bringen. Er versprach, die kenianischen Truppen bis zur Erfüllung der Ziele der Mission in Somalia zu belassen, um ein Sicherheitsvakuum zu verhindern. Anlässlich der internationalen Somaliakonferenz in London forderte Kenyatta zudem eine Aufstockung der Mission um 4.000 Mann. AMISOM will Mitte 2018 mit dem Abzug beginnen. Truppenstellende Staaten wie Burundi, Uganda, Äthiopien, Dschibuti und Kenia hatten in der Vergangenheit aus finanziellen und logistischen Gründen mit einem vorzeitigen Abzug gedroht.

Somaliakonferenz

Bei einer Somaliakonferenz in London forderte Peter de Clerq, der humanitäre Koordinator der UN für Somalia, 1,5 Mrd. USD zur Verhinderung einer schweren Hungersnot. Bisher sei nicht einmal ein Drittel des Bedarfs gedeckt. Bundesaußenminister Gabriel kündigte an, die Somaliahilfe von 70 auf 140 Mio. € zu erhöhen. Das Bundesentwicklungsministerium will Hilfsgelder in Höhe von 100 Mio. € bereitstellen. Die britische Premierministerin May forderte zur Unterstützung der somalischen Regierung auf und versprach 27 Millionen USD verteilt über die nächsten beiden Jahre für die Ausbildung der somalischen Sicherheitskräfte. Somalias Präsident Mohamed Abdullahi Farmajo forderte die Aufhebung des Waffenembargos von 1992. Die Sicherheitskräfte des Landes hätten Mühe, al-Shabaab mit leichten Waffen zu bekämpfen. Die Armee benötige im Kampf gegen die gut ausgerüsteten Extremisten moderne schwere Waffen.

Sudan

Christen freigelassen

Präsident Omar al-Bashir begnadigt zwei im Dezember 2015 verhaftete und 2016 zu Freiheitsstrafen von je zwölf Jahren verurteilte Christen. Ein einheimischer Pastor und ein vom Islam zum Christentum übergetretener Menschenrechtler waren der Hilfeleistung bei staatsfeindlichen Aktivitäten, der Verbreitung falscher Nachrichten und der Diffamierung des Staates für schuldig befunden worden. Einer ihrer Mitgefangenen kam am 02.01.17 aus Mangel an Beweisen frei. Ein weiterer Verhafteter, ein tschechischer Missionar und Filmemacher, wurde im Februar 2017 nach Begnadigung durch den Staatspräsidenten freigelassen.

Syrien

Rebellengebiete bei Damaskus: Regierung erobert fast alle zurück

Die syrische Armee und ihre Verbündeten haben mit dem Bezirk Kabun die Rebellengebiete nahe der Hauptstadt Damaskus fast vollständig zurückerobert. Voraus gingen knapp dreimonatige Luftangriffe. Nach unbestätigten Berichten einigten sich Regierung und Rebellen darauf, dass rund 1500 eingeschlossene Kämpfer und ihre Angehörigen am Sonntag Kabun verlassen können.

Der Verlust von Kabun gilt als weiterer schwerer Rückschlag für die Rebellen, die zuvor schon den angrenzenden Bezirk Barseh verlorenen. Von dort wurden aufgrund von Vereinbarungen mit der Regierung Hunderte Rebellen mit ihren Familien diese Woche in die von Aufständischen gehaltene Provinz Idlib gebracht.

Türkei

Festnahmen

Am 12.05.17 wurden nach Medienberichten mindesten 57 Personen aus dem Umfeld der Istanbuler Börse verhaftet. Die Festnahmen fanden in sechs Provinzen statt, insgesamt seien mehr als hundert Haftbefehle ausgestellt worden. Den Verdächtigen werde eine Beteiligung am Putschversuch vom Juli 2016 vorgeworfen.

Bereits am 30.04.17 wurde eine für die linksgerichtete Nachrichtenagentur Etha arbeitende deutsche Übersetzerin festgenommen, gegen die ein Haftbefehl wegen Terrorpropaganda und Mitgliedschaft in einer Terrororganisation erlassen wurde. Sie befindet sich seitdem in Untersuchungshaft.

Zentralafrikanische Republik

Tote bei Rebellenangriff

Am 12./13.05.17 griffen verschiedene Gruppen, darunter Rebellen der Anti-Balaka, die Stadt Bangassou (Südosten an der Grenze zur DR Kongo) an. Ihr Ziel waren insbesondere Muslime im Stadtviertel Tokoyo. Auch die Basis der UN-Mission MINUSCA wurde angegriffen. Ein UN-Soldat sowie eine unbekannte Zahl Zivilisten wurden getötet. Bereits am 08.05.17 hatten vermutlich der Anti-Balaka-Nahestehende im benachbarten Dorf Yogofongo fünf UN-Soldaten getötet.